

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der (unveränderten) Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer an Sonn- und Festtagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. An Wochentagen bis 10 Uhr, an Sonn- und Festtagen bis 12 Uhr. Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Verlagsanzeigen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 61. Sonntag, den 12. März 1899. 6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage und „Die neue Welt“.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 10. März 1899.
53. Sitzung. Mittags 1 Uhr.
Präsident Graf Walleskreem eröffnet um 1 1/2 Uhr die 53. Plenarsitzung.

Vom Bundesrathlich: Staatssekretär v. Bülow v. Buchta.
Vor Eintritt in die Tagesordnung kündigt der Präsident an, daß, wenn die heutige Tagesordnung nicht bis Montag erledigt sein sollte, er zur Verberaumung von Abend-sitzungen genöthigt sein würde.

Die zweite Etatsberatung wird beim Kolonialetat fortgesetzt. — Beim ökonomischen Schuppen bemerkt **Webel (SD.)**: Es ist uns allen längst die Broschüre des früheren Reichskommissars Dr. Peters „Mißbrauch der Amtsgewalt“ ausgegangen. Dr. Peters ist für mich und wohl für die Mehrheit des Hauses ein todtter Mann. Da ich aber in der Broschüre scharf angegriffen werde, muß ich auf diese wenigstens bezüglich des Punktes zurückkommen, an dem ich mit dem Afrika-reisenden Eugen Wolff in Verbindung gebracht werde. Ich stelle fest, daß ich, als ich vor drei Jahren meine Anklagen gegen Peters erhob, Herrn Eugen Wolff überhaupt nicht kannte; ich kann meine Mittheilungen über Peters also nicht von Herrn Wolff haben. Weiter muß ich auf die Veröffentlichungen des Herrn Oskar Baumann eingehen, da dieselben geeignet sind, unsere Verwaltung in Ostafrika zu diskreditiren. Herr Baumann ist inzwischen von seiner Regierung gemahregelt worden. Aber die Angaben Baumanns finden doch vielfach Glauben und die Kolonialverwaltung hätte wohl ein Interesse in der Öffentlichkeit zu widerlegen.

Kolonialdirektor Dr. v. Buchta: Unsere Beziehungen zu der Petersfrage sind die des Disziplinaverfahrens. Die Angaben in der Broschüre enthalten Angriffe gegen amtliche Personen, die lediglich in dienstlichem Auftrag gehandelt haben. Es genügt meines Erachtens, diese Handlungsweise niedriger zu hängen. Auf die Angelegenheit des Herrn Baumann habe ich keine Veranlassung anzugehen.

Dr. Lieber (Centr.): Dr. Peters ist für mich und für den Reichstag abgethan. Ich wollte bei diesem Etat zurückkommen auf die bekannte Angelegenheit der Hebräer Denhard. Der Reichstag hat sich wiederholt dahin ausgesprochen, daß diese Firma schwer geschädigt ist und eine Entschädigung erhalten muß. Es ist Pflicht der Reichsregierung, dahin zu wirken, daß endlich die Firma entschädigt werde.

Kolonialdirektor Dr. v. Buchta: In einer solchen Entschädigung seitens des Reiches wird eine rechtliche Verpflichtung wohl kaum konstatirt werden können. Dagegen würde ich für meine Person eine moralische Verpflichtung anerkennen und den Hebräern Denhard gern eine Entschädigung zuerkennen. Es schweben darüber auch bereits Verhandlungen.

v. Kardorff (Np.) behauptet, daß das Reich doch rechtlich verpflichtet sei, die Gebr. Denhard zu entschädigen. Herrn Dr. Peters wolle er nicht in Schutz nehmen, denn moralische Verfehlungen fallen ihm zur Last. Über die Angriffe auf Peters seien doch eigentlich erfolgt, weil Webel einen angeblichen Brief des Peters an den Visch of Tucker reproduziert habe, welcher eine Mystifikation war. Peters sei sehr hart bestraft worden und habe doch sehr Großes für das Reich geleistet. Daß Peters nicht überall in der Achtung so gesunken sei, beweise die Thatsache, daß er jetzt an der Spitze einer englischen Expedition stehe.

Webel (SD.): Was jenen Tucker-Brief anlangt, so bedauere ich selbst, daß ich mystifizirt worden bin. (Abg. v. Kardorff: Hört, hört!) Aber daß er den Anlaß zu jener Untersuchung gegeben hat, das bedauere ich keineswegs. Wenn Herr von Kardorff meint, wir hätten jetzt den Schaden davon, daß Herr Peters nicht mehr in deutschen Diensten steht, nun: er und seine Freunde hätten ihn ja halten können. Es scheint aber doch, da dies nicht geschehen ist, daß Einiges gegen ihn vorlag, was selbst seine Freunde davon abhielt, für ihn einzutreten.

Graf Oriola (Np.) kündigt eine Resolution an, die Entschädigung der Gebr. Denhard verlangt.

Dr. Urendt (Np.) rückt den Fall Peters auf und vertheidigt ihn gegenüber den falschen Anschuldigungen Webels. In dem Prozeß Peters war Herr Baumann Hauptbelastungszeuge. Baumann sei aber jetzt noch schwerer kompromittirt als Peters. Seitdem Herr Peters in englische Dienste getreten sei, habe auch er sich von ihm zurückgezogen. Webel solle doch seinen Gewährsmann nennen.

Webel (SD.) lehnt dies ab, er habe keine Ursache, den Denunzianten zu machen, denn in der Hauptsache seien die Mittheilungen seines Gewährsmannes richtig gewesen.

Dr. Urendt (Np.) Webel habe die ganze Welt mit der falschen Nachricht über Peters irre geführt, es sei keine Denunziation, wenn er nun den Schuldigen, der ihn zu der Irreführung veranlaßt habe, nenne.

Das Ordinarium für Ostafrika wird hierauf bewilligt.
Im Extraordinarium werden zunächst für ein Schwimmbad in Dar-es-Salaam 300 000 Mk. bewilligt, nachdem vorher **Freeze (Fp.)** die Art der Veranlagung dieses Docks bemängelt hatte.

Beim Titel Eisenbahn Tanga-Makessa (2000000 Mk.) hat die Kommission 250000 Mk. abgestrichen.
Ein Antrag des Grafen Stolberg wünscht die Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Graf Stolberg führt aus, erst nach Jahrzehnte langer Arbeit könne die Kolonie rentabel werden; dazu seien aber Eisenbahnen nöthig und die geforderten 2 Millionen seien ein Minimum, dessen die Gesellschaft bedürfe, und an 250 000 Mk. dürfe diese nationale Sache nicht scheitern. Er bitte daher, den Antrag anzunehmen.

Freeze (Fp.) erwidert, Eingeweihte hielten diese Bahn nicht für so vorthellhaft und die Gesellschaft gedente sich ihrer zu entäußern, um freie Hand für die Zentralbahn zu gewinnen. An Koffer finde bereits Ueberproduktion statt, daher bestche ein Preisrückgang von 31 auf 29 Pfg., entgegen den Prophezeiungen des Kolonialdirektors, und wenig Gewinn. Freeze bittet schließlich, an dem Kommissionsbeschlusse festzuhalten.

Kolonialdirektor v. Buchta beantwortet dringend den Antrag Stolberg im nationalen Interesse des Inlandkommens der Usambarabahn, denn die Usambaragesellschaft könnte andernfalls in Schwierigkeiten geraten. Die Kaffeepreise schwanken sehr und würden sicher wieder steigen. Der Usambarakaffee habe ganz hervorragende Qualität.

Graf Arnim (Np.) unterstützt den Antrag Stolberg.
Müller (Fp.) meint, die Aussichten auf wirtschaftliche Vorteile verringerten sich immer mehr und die Sache habe eine Bedeutung, die über die einzelne Bahn hinausgeht. Wenn vernünftige Gründe fehlten, betone man immer das Nationale bei der Sache. Gerade bei der ersten Bahn müsse man aber ein Präjudiz vermeiden. Drei Viertel aller Usambara-Gesellschaftsaktien gehörten der ostafrikanischen Gesellschaft, die nun noch einmal bezahlt würde. Die Kaffee-Ueberproduktion, durch Brasilien und Java veranlaßt, sei doch nur durch Einschränkung der Produktion und nicht durch eine neue Steigerung abzustellen. Jene Bahn werde bekenntlich knapp die Betriebskosten decken. Vor diesem ersten Schritte, hinter dem Duzende anderer Millionen stehen, sei daher dringend zu warnen.

Kolonialdirektor v. Buchta erwidert, wenn der Vertrag (2 Mill.) mit der Usambaragesellschaft jetzt nicht zustande komme, dann gehe die Bahn zu Grunde. Im Interesse der Ausschließung des Schutzbereiches sei der Antrag Stolberg daher anzunehmen.

Hasse (Np.) weist Richters Optimismus zurück, der zu schnell erkenne wolle und das Privatkapital von den Kolonien durch seine Diskreditirung fernhalte. Der Usambarakaffee sei der beste der Welt und die Zentralbahn werde unserm Ostafrika schon zum Aufblühen verhelfen. Lieber bittet, den Antrag Stolberg anzunehmen, da die Usambaragesellschaft weniger als zwei Millionen nicht annehme und das Geschäft dann unterließe.

Lieber (C) erklärt, da Letzteres ein Scheitern des ganzen Unternehmens bedeute, müsse man, wenn man Dies nicht wünsche, schon der Regierungsvorlage zustimmen. Das Centrum verzichte daher auf jenen Abstrich. Die Finanzierung werde nur schwierig sein.

v. Kardorff (Np.) schließt sich dem Abg. Lieber an und wünscht ebenfalls eine andere Finanzierung im nächstjährigen Etat. Hieraus wird entsprechend dem Antrage Graf Stolberg die volle Summe von 2 Millionen Markt bewilligt, ebenso debattelos der Rest des Etats für Ostafrika.

Beim Etat für Kamerun beschwert sich **Dr. Lehr (Np.)** über die Konzeptionsvertheilungen an ausländische Gesellschaften. Nicht einmal den Kolonialrath habe man vor der letzten Konzeptionirung gehört. Der Kolonialrath sei so nur ein Dekorationsstück und könnte lieber ganz beseitigt werden, wenn man ihm so wenig Bedeutung beimißt. Es giebt in Deutschland Leute genug, die thätig genug sind, um die Kolonien hoch zu bringen. Ich habe übrigens nur in meinem eigenen Namen gesprochen.

Wüller-Duisburg (Np.): Mein Freund Lehr hat ja selbst erklärt, daß er nicht im Namen der nationalliberalen Partei gesprochen hat. Ich verweise darauf, daß auch in englischen Kolonien vielfach nichtenglische Gesellschaften konzeptionirt worden sind.

Kolonialdirektor v. Buchta bedauert, daß sein Standpunkt nicht die Billigung des Herrn Lehr gefunden hat, muß sich aber damit trösten, daß seine Kreise innerhalb und außerhalb des Hauses ihm zustimmen. Man kann die Herren vom Kolonialrath nicht wegen jeder Kleinigkeit befragen.

Graf Arnim (Np.) hält doch dafür, daß der Kolonialrath bei so wichtigen Verträgen gehört werde. Es gehört doch zu dergleichen Dingen eine solche Summe von Kenntnissen, daß es einen ganz anderen Eindruck machen würde, wenn Herr v. Buchta auf das Bortum des Kolonialrathes hinweisen könnte.

Hasse (Np.): Es ist ein erfreuliches Zeichen für unsere Kolonialpolitik, daß die sogenannte Landfrage überhaupt aufkommen kann. Aber die Missionsgesellschaften dürfen nicht benachtheiligt werden, wie dies jetzt in dem Küstenland von Kamerun der Fall ist. In der Ertheilung von Konzeptionen an spekulative Unternehmer müssen strengere Normen aufgestellt werden.

Kolonialdirektor v. Buchta erklärt, daß den Bedürfnissen der Missionen in Zukunft mehr Rechnung getragen werden würde.

Ein Veranlagungsantrag findet, nachdem Präsident Graf Walleskreem, der schon vorher höchst ungeschicklich schien, darauf aufmerksam gemacht hatte, daß es unmöglich sei, so die Geschäfte zu fördern, nicht die genügende Unterstützung.

Müller-Sagan (Fp.) fragt an, welche Resultate die Versuche mit der Kadiria ergeben hätten.

Kolonialdirektor v. Buchta erklärt, daß die richtige Kadiria endlich aufgefunden sei; die bisherige, die sehr schlechte Resultate ergeben hätte, sei eine falsche gewesen. (Heiterkeit.)

Damit schließt die Debatte. Persönlich bemerkt **Dr. Lehr (Np.)**, daß er durch seine Frage, warum der Kolonialrath nicht gehört worden sei, keineswegs dem Kolonialdirektor Mangel an Kenntnissen habe vorwerfen wollen. (Kolonialdirektor v. Buchta verbengt sich.)

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest der dauernden Ausgaben, desgleichen das Extraordinarium, sowie die Einnahmen. Darauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung Sonnabend, 1 Uhr (Rest des Kolonialetat und Etat des Auswärtigen Amtes). Schluß 6 Uhr.

sich mit den Beschlüssen der Kommission nicht zu begnügen, sondern auf den Forderungen der Heeresvorlage zu bestehen und gegebenenfalls die letzten Konsequenzen zu ziehen. Da für die Vorlage in der Budgetkommission nicht nur die Konservativen, Freikonservativen und National-liberalen, sondern auch die Deutschsozialen und die Vertreter der freisinnigen Vereinigung gestimmt haben, so dürfte die Entscheidung von einigen wenigen Stimmen abhängen. Es ist also nothwendig, fügt das Bundesblatt hinzu, daß am Dienstag, wo die Heeresvorlage zur zweiten Verathung steht, sämtliche Abgeordnete zur Stelle sind. — Die „Deutsche Tageszeitung“ braucht sich mit der Regierung nicht zu sorgen. Die ganze Militärvorlage, wie sie die Regierung forderte, wird angenommen werden. Das Centrum wird schon die wenigen Stimmen, die zum Durchdrücken der Vorlage fehlen, noch ergänzen. Auf einen Unfall mehr oder weniger kommt es dieser Partei nicht an.

„Graf Posadowsky — aumtülde?“, so fragt die „Staatsb. Ztg.“ im Anschluß an die Mittheilung des „N. Journ.“, daß Graf Posadowsky zur Behebung seiner nervösen Abspannung demnächst eine längere Urlaubskreise nach dem Semmering antreten werde. Die „Staatsb. Ztg.“ hat bisher an dem Staatssekretär keine nervöse Abspannung, wohl aber eine auffallende Fernhaltung von den Reichstagsdebatten wahrgenommen und ist geneigt, den eigentlichen Sinn der Mittheilung über den Zustand des Staatssekretärs zwischen den Zeilen zu lesen. — Ist vielleicht — so möchten wir fragen — Herr Posadowsky davon krank geworden, daß die Nachfrage, welche er auf Grund seines bekannten Erlasses angestellt, haarsträubende Beweise für den Unternehmerterrorismus geliefert hat?

Die Reichstagskommission für das Invaliden-Versicherungsgesetz beriebt Donnerstag über § 8 (freiwillige Versicherung), wozu Anträge der Abgg. Dertel, Köstke, Dr. Hise und Frgr. v. Richtigofen vorlagen, die freiwillige Versicherung weiter auszubehnen unter anderer Bemessung der Wartezeit und beim Alter von nicht mehr als 40 Jahren. Die Ausdehnung soll auch auf Betriebsbeamte, kleinere Gewerbetreibende (Gutsbesitzer, Handwerker) mit über 2000 Markt Einkommen erfolgen können, die Wartezeit unter Einführung von Zusatzmarken auf 400 Wochen bemessen werden. Die Kommissare des Bundesraths erklärten sich gegen jede weitere Ausdehnung der Versicherung. Die Abstimmung ergab die Annahme folgender Abänderungen: Die freiwillige Versicherung soll für Personen, auf die event. durch Bundesrathsbeschluß die Versicherungspflicht erstreckt werden könnte, aber nicht erstreckt worden ist, auch dann zulässig sein, wenn sie bis zu 3000 Mk. Einkommen haben (Antrag Hise-Köstke, angenommen mit 14 gegen 13 Stimmen), ferner für sonstige Betriebsunternehmer unter 40 Jahren mit einem Einkommen bis zu 2000 Mk. (Antrag Dertel angenommen mit 18 gegen 12 Stimmen). Die Wartezeit für die Invalidenrente beträgt bei freiwilliger Versicherung 400 Wochen, bei freiwilliger Fortsetzung der Versicherung ist sie um 1/20 viel Beitragswochen zu kürzen, als der Versicherte in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat (Antrag Köstke mit großer Mehrheit angenommen). Der so gestaltete Paragraph wurde mit 13 gegen 12 Stimmen gutgeheißen.

Daß die Hebung des Arbeiterstandes im ureigensten Interesse der Großindustrie liegt, ist ein Satz, der zwar schon oft bewiesen wurde, aber noch lange nicht allgemein bekannt und anerkannt ist. Bemerkenswerth ist darum eine Aeußerung des vorläufigen Jahresberichts der Bölnener Handelskammer. Es heißt da: „Vom Allgemeinen wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus wird man die erfolgste Steigerung der Löhne und die hierdurch bewirkte Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter nur mit Genugthuung begrüßen können, nicht allein im Interesse der Arbeiter selbst, sondern auch um deswillen, weil die Steigerung der Konsumtionsfähigkeit großer Bevölkerungskreise eine wesentliche Voraussetzung für die Erweiterung der Nachfrage nach gewerblichen Erzeugnissen bildet. Die heimische Unternehmung wird um so ruhiger in die Zukunft schauen dürfen, je mehr sie sich auf den allgemeinen Wohlstand auch in den lohnarbeitenden Klassen stützen kann und je mehr u. A. auch der Bedarf an Massenartikeln zunimmt.“

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zur neuen Militärvorlage. Wie die agrarische „Tagesztg.“ erfährt, „soll die Regierung entschlossen sein,

Wenn nur alle Unternehmerkreise dies beherzigen und die richtigen Konsequenzen daraus ziehen wollten! Die Hebung der Lebenshaltung des Arbeiterstandes liegt im wohlverstandenen Interesse des Unternehmertums; diese Hebung kann aber nur erfolgen durch wirkliche Sozialisation Freiheit und Sozialreform.

Das Zeugniszwangsverfahren in Gruben, von dem wir wiederholt meldeten, hat wider Erwarten ein schnelles Ende erreicht. Wie mitgeteilt, war das Verfahren gegen einen Seher und zwei Lehrlinge von der polnischen Zeitung „Gazeta Grubnicza“ eingeleitet worden. Es handelt sich um den Verfasser eines Artikels, durch den angeblich die Staatsanwaltschaft beleidigt ist, und dessen Namen jene drei Personen am 3. März vor dem Untersuchungsrichter nicht nennen wollten. Nachträglich ist der Name des Verfassers nun doch von dem Seher genannt worden, und zwar ist es — der verantwortliche Redakteur des Blattes, d. h. also dieselbe Persönlichkeit, die nach dem Gesetz ohnehin als Thäter für die strafbare Veröffentlichung haftet. Der Fall beleuchtet recht scharf die moralische Verwerflichkeit des Zeugniszwangs in Presssachen. Treffend bemerkt ein rheinisches Blatt: „Wie schrecklich ist die Lage eines in Presssachen als Zeuge auftretenden Sehers, der das Unglück hatte, Handschrift und Verfasser im Gedächtnis zu behalten! Sagt er aus — so muß befehlen, mit seinem Vroherrn, dem Verleger, es zu verderben und unter Fachgenossen „Lump“ genannt zu werden. Verweigert er die Aussage, so spaziert er in's Gefängnis. Hier die Scylla — dort die Charybdis — der Mittelweg führt zum — Weineid!“

Während der Abrüstungsvorschlag des russischen Kaisers von England und Deutschland und auch noch von einigen anderen Staaten trotz aller öffentlich verkündeten Friedensfreundlichkeit mit neuen Militärvorlagen beantwortet ist, wird ein gewisser — allerdings auch nur ein gewisser — Rüstungsstillstand von einer Seite angekündigt, von der man es eigentlich am allerwenigsten erwartet hätte, nämlich von Frankreich. Dieser Rüstungsstillstand hat freilich seine guten Gründe; er bezieht sich nur auf die Stärke des stehenden Heeres, und er ist erzwungen durch die klare Thatsache, daß Frankreich schlechterdings nicht mehr Militär aufbringen kann, als es jetzt hat — und Frankreich hat, obgleich seine Bevölkerung um etwa 14 Millionen hinter derjenigen Deutschlands zurückbleibt, auf dem Papier eine stärkere Präsenzstärke als Deutschland. Mittwoch fand in der französischen Deputiertenkammer eine sehr interessante Debatte über das Rüstungsthema statt:

In der Generaldebatte über das Kriegsbudget hob der Abg. Rimond hervor, das Kriegsbudget sei auf 875 Millionen Francs gestiegen, aber es sei unmöglich, diese Summe herabzusetzen, denn man müsse mit den Rüstungen Deutschlands und dem Anwachsen seiner Effektivstärke durch ähnliche Maßregeln Schritt halten. In bezug auf die Inferiorität der Effektivstärke der Infanterie, weil viel zu viel Soldaten nur ein Jahr lang Dienst thun. Der Kriegsminister Freycinet erklärte, daß die französischen Effektivkräfte an Zahl hinter denjenigen einer benachbarten Macht zurückblieben, man müsse sich barein ergeben mit Rücksicht auf die Bevölkerung Frankreichs, aber über eine gewisse Zahl hinaus vergrößere sich seine Militärmacht durch Erhöhung ihrer Effektivstärke. Es schein schwierig, im Felde mehr Armeekorps dirigieren zu wollen, als deren hier und dort vorhanden sind. Er glaube nicht, daß einige weitere Armeekorps die militärische Stärke der Macht, welche dieselben ersetzen würde, erhöhen könne; sie könnten nur als Reserve dienen; er sei überzeugt, daß das Voos bereits entschieden sein würde, ehe man dazu komme, sich der Reserve zu bedienen. „Wir dürfen uns also“, fuhr Freycinet fort, „über die Vermehrung der Effektivbestände unserer Nachbarn nicht beunruhigen. Wir müssen darauf halten, die Quantität durch die Qualität zu ersetzen. Ich bin stolz auf die Arbeiten, die Frankreich seit 15 Jahren für seine Verteidigung geleistet hat. Wir gestalten gegenwärtig unser Gewehr um, wodurch dasselbe unübertrefflich gemacht wird. Was unsere Artillerie betrifft, so erkläre ich dieselbe für unübertrefflich. Das Land lang als der Zukunft vertrauensvoll entgegenzusehen. Halten wir darauf, die Disziplin des Heeres aufrechtzuerhalten durch Fürsorge für das Heer, durch die Gerechtigkeit, welche die Führer üben.“ Die Armeemustern allen Ereignissen gegenüber bereit sein, sie muß sich ihrer Aufgabe bewußt sein. Zudem sie sich jeden Tag zu dem höchsten Opfer bereit hält, wird die Arme unbesiegt. Ich meinerseits werde Alles thun, damit die Arme auf der Höhe ihrer Aufgabe bleibt.“

Freycinets Rede wurde durch allgemeinen, lebhaften Beifall belohnt, wie ja eine große patriotische Phrase stets ihres Beifalls sicher ist, besonders in der französischen Deputiertenkammer. Aber am Ende bleibt doch die Thatsache bestehen, daß Frankreich seine Friedenspräsenzstärke in Ermangelung von Menschenmaterial nicht mehr erhöhen kann, und dieser Umstand wird sich vielleicht als ein ganz gutes Mittel für den allgemeinen Rüstungsstillstand bewähren. Freilich, wir Deutschen werden ja erst noch unsere neue Militärvorlage hinunterschicken müssen, nachdem sich die Regierung mit den Oberbefehlshabern des Centrums geeinigt hat.

Einer eigentümlichen Gewerbekrankheit unterliegen die Nitrirarbeiter. Sie besteht im wesentlichen in einer sehr raschen Abnutzung der Schneidezähne, die bis zur völligen Zerföhrung der Zähne fortschreiten kann. Zuerst wurde diese Erscheinung bei den Arbeitern der eidgenössischen Kriegspulverfabrik in Worzhelm beobachtet. Der letzte Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion theilt ähnliche Erfahrungen aus der Rheinischen Gummi- und Celluloidfabrik in Neckarau mit. Bei einer Untersuchung der Arbeiter der Nitrirabtheilung, die mit Säuredämpfen in Berührung kommen, wurde ebenfalls beobachtet, daß die Schneidezähne, namentlich die des Oberkiefers, eine starke Verkürzung und Abnutzung aufwiesen. Die Thatsache, daß der Schwund nur bei den Schneidezähnen eintritt, bestätigt die Annahme, daß allein die beim Nitrirprozeß auftretenden Säuredämpfe, die beim Atmen durch den Mund und beim Sprechen

auf diese Zähne treffen, die Zerföhrung veranlassen können. Als vorbeugendes Mittel wird vom Arzte Verabreichung von mit Kreide oder Tabak vermishtem Kaugummi und alkalisches Spülwasser vorgeschlagen. Es wäre erwünscht, wenn auch in anderen Gummi- und Celluloidfabriken dieser als „Nahn- oder Säurekose“ bezeichneten Krankheit nachgegangen würde und die Regierung Schutzesetze erlasse, welche verhindern, daß die Nitrirarbeiter mit den Säuren zu viel in Berührung kommen.

Neue politische Nachrichten. Die Reichstags-ersatzwahl im zweiten Berliner Wahlkreise soll dem Vernehmen nach am 11. April erfolgen. — Durch den bereits gemeldeten Tod des westlichen Reichstagsabgeordneten von Arnswaldt-Wöhme (Welle) wird eine Ersatzwahl im Reichstagswahlkreise Welle-Dehpolz erforderlich. Bei den Wahlen im vorigen Jahre wurden im ersten Wahlgange abgegeben: 4950 westliche, 3191 nationalliberale, 2110 konservative, 555 freisinnige und 487 sozialdemokratische Stimmen; in der Stichwahl siegte dann von Arnswaldt-Wöhme mit 6723 Stimmen über den nationalliberalen Kandidaten, auf den nur 6588 Stimmen gefallen waren. Inzwischen ist bekanntlich die konservative Vereinfügung zu Stande gekommen. Ob dadurch das Wahlergebnis beeinflusst werden wird, läßt sich vorläufig nicht übersehen. — Der Bundesrath überwiegt in seiner Sitzung am Donnerstag v. M. den Entwurf eines Gesetzes für Schlaf-Lothungen wegen Anstehung der Grundbuchordnung vom 24. März 1897, und den Entwurf von Bestimmungen über den Betrieb von Getreidemühlen den zuständigen Ausschüssen. Dem Ausschussantrage zu dem Entwurf eines Telegraphengesetzes wurde die Zustimmung erteilt, ebenso dem Antragsantrage zu dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend das Fingerringrecht der Kaufmannsleute und dem Vorschlagsentwurf über die Fortlage vom 18. Februar 1899, betreffend den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrags mit dem Norddeutschen Lloyd über die Unterhaltung deutscher Postdampfschiff-Verbindungen mit Ostasien und Australien. — Ein Entwurf von Bestimmungen über den Betrieb von Getreidemühlen ist dem Bundesrath zugegangen. Darnach muß den Schiffen und Lehlungen innerhalb der auf den Beginn ihrer Arbeit folgenden 24 Stunden eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens acht Stunden gewährt werden. Auf Wägen und Maschinen findet diese Vorschrift keine Anwendung. Lehrlinge unter 16 Jahren dürfen in Getreidemühlen nicht in der Nachtzeit von 8 1/2 Uhr Abends bis 5 1/2 Uhr Morgens beschäftigt werden. Die Bestimmungen sollen am 1. Juli 1899 in Kraft treten. Es ist zwar herzlich wenig, was der Entwurf bringt, aber immerhin doch besser, als gar nichts. Völlig richtig ist es dem Reichstage, mehr herauszuschlagen. — Ueber die Beschäftigung von Ausländern in den Militärwerken hat das Kriegsministerium angeordnet, daß ausländische Arbeiter nur dann weiter beschäftigt werden sollen, wenn sie ihre Naturalisation veranlassen. — Am 10. Oktober ist die Budgetkommission, wie aus den jetzt vorliegenden Anträgen hervorgeht, im Ganzen nur 311 000 Mk. gestrichen. Der Hauptabstrich darunter 250 000 Mk., entfällt auf die Milderung des Kaufpreises der Hambarabahn. — Ein Wechselbuch über Samoa wird nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ entsprechend einem in der Budgetkommission geäußerten Wunsch demnächst von der deutschen Regierung ausgegeben werden. — Zur Neuorganisation der Marine erfährt die „Allg. Ztg.“: Es dürften zwei Oberkommandos der Marine eingerichtet werden, eines in Kiel, das andere in Wilhelmshaven, das Kieler wird dem Admiral Köster unterstellt, das Wilhelmshavener dem Admiral Racher, die Stationen der Nord- bezw. Mittel erhalten also erweiterte Kompetenzen. — Wegen Verletzung der Wehrpflicht in Frankreich ist jetzt folgende bestimmt worden: Wehrpflichtige Reichsausgehörige können bei den Marineeinheiten in Frankreich zur Ableistung ihrer aktiven Dienstpflicht als Freiwillige eingestellt werden, sofern sie nicht durch Zivilverhältnisse gebunden sind und Gründe zu ihrer Ausschließung nicht vorliegen. Von dem in der Marineordnung vorgeschriebenen Größemaß darf in diesem Falle bei sonstiger Tauglichkeit abgesehen werden. Die Einstellung Wehrpflichtiger erfolgt am 1. Oktober und, sofern es die Staatsverhältnisse gestatten, auch am 1. April. (Von dieser Verrechnung dürfte wenig Gebrauch gemacht werden.) — Die Wirtschaftliche (agrarische) Vereinfügung des Reichstages ist, wie verlautet, zum 15. März wieder einberufen worden. Auf die Tagesordnung sind gestellt worden die Besprechung des Gesetzesentwurfs betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, sowie des Verbots der Viehzurückgabe. — Beschlagnahme wegen Aufreißung zu Gewaltthätigkeiten wurden die Nummern 28 und 29 des in Berlin erscheinenden antisemitischen „Deutschen Generalanzeiger“. Diese Maßregel ist verfügt, weil das Blatt die bekannten Neben des Grafen Bücker nachgedruckt hatte. Bücker ist inzwischen seiner Stellung als Amtsvorsteher enthoben worden. — Der Afrikareisende Gottlob Strauß wehrt sich gegen die Äußerung des Kolonialdirektors v. Buda, der betänlich in der Budgetkommission erklärt hat, Strauß, der andere des Sklavenhandels beschuldigt, habe selbst Sklavenhandel betrieben, sich drei Frauen gekauft und seinem Diener Ibrahim drei Frauen geschenkt. Strauß bestritt das. Da auf Antrag der Budgetkommission gegen Strauß, wie er es übrigens selbst wünscht, Klage erhoben werden soll, so wird sich bald herausstellen, wer Recht hat: die Kolonialverwaltung oder Strauß. — Der Werth von Lippe. Justizrath Rechtsanwält Assenmüssen in Detmold hat gegen den Grafen Ernst zur Lippe-Wiesterfeld, den Regenten des Fürstentums Lippe, eine Forderung bei dem dortigen Gericht eingeklagt. Der Kläger glaubt, infolge Ertheilung von juristischen Rathschlägen in der lippeischen Chronikfrage finanzielle Ansprüche an den Grafen zu haben, und bezieht seine Forderung nach der „L. Z.“ auf 9000 Mk. vorbehaltlich einer Erhöhung der Summe. Das Streitobjekt ist auf 30 Millionen Mark bewertet. (Man weiß mit wenigstens, welchen Kapitalwerth das Amt darstellt, ein kleines Ländchen zu regieren, und man versteht, warum dieser Posten so begehrt ist. 30 Millionen sind in der That keine Unsumme.) — Eine größere Anzahl Wandener Künstler, darunter die Vorstehenden der größeren künstlerischen Vereinigungen und Vereine, haben an den Geh. Baurath Paul Wallot in Dresden ein offenes Schreiben gerichtet, in dem gegen die Angriffe protestirt wird, welche in der Reichstags-Sitzung vom 1. März gelegentlich der Verathung über die künstlerische Ausschmückung des Reichstagsgebäudes gegen Wallot und andere hervorragende Künstler gerichtet wurden. Ein Schluß des offenen Schreibens werden dem Entwurf des Reichstagsgebäudes die herzlichsten Sympathien und die aufrichtigste Theilnahme ausgesprochen. Die Berliner Architekten wollen sich diesem Protest anschließen. — Der braunschweigische Landtag nahm endgültig mit mehr als Zweidrittelmehrheit das neue reaktive Wahlgesetz an. Damit ist die gesammte Wahl- und Steuerreform in Braunschweig zum Abschluß gelangt. — Das Wahllober zur Sicherung der geheimen Wahlen wird von der nächsten Landtagswahl ab auch in Württemberg eingeführt werden. Das Regierungsblatt vom 21. v. Mts. enthält den Vollzug des Gesetzes betreffend die Wahllober und den Hofraum für die Landtagswahlen. Das Gesetz tritt mit dem Zeitpunkt der Anordnung einer allgemeinen Neuwahl in Kraft. (Wann kommt endlich das Wahllober für die Reichstagswahlen?) — Die schwedische Regierung hat kurzer Hand sämtliche Pferde reiten verboten, nachdem sie 150 Sachverständige, meistens aus landwirtschaftlichen Kreisen, befragt und 111 davon den Kennpost für eine Thierergälerei erklärt hatten. Ein sehr vernünftiges Verbot! — In Uruguay haben die Kam-

mern eine Amnestie bewilligt für alle politischen Verbrechen, die das wegen solcher Verbrechen in Buenos Ayres in der Verbanung lebenden Personen jetzt zurückkehren können. — Wegen die Juckerprämien der europäischen Staaten Deutschland, Oesterreich und Frankreich geht man jetzt auch in Indien nach amerikanischem Muster vor. Nach einer Meldung des Meuter'schen Bureau aus Calcutta, beschloß die Regierung, dem Gesetzgebenden Rath am Freitag einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch sie ermächtigt wird, einen Ausgabekreis von solchen importierten Hader zu legen, wofür Prämien gezahlt werden. Der Entwurf gleicht in seinen Bestimmungen dem Gesetz der Vereinigten Staaten vom Juli 1897.

Schweiz.

Die Answelerei dauert noch immer fort. Nachdem jüngst wieder zwei italienische Anarchisten ausgewiesen wurden, erhielt nun auch der Redakteur des in Lugano erscheinenden „Socialista, Genosse Tedeschi, den Ausweisungsbefehl. Ob da ein Verlangen der italienischen oder der tessinischen Regierung vorliegt, darüber verlaute nichts in der Presse, doch liegt diese Annahme sehr nahe. Im Kanton Tessin sind die Liberalen wie die Ultramontanen gleich unangenehm berührt von dem Aufkommen der sozialistischen Arbeiterbewegung und bei der in diesen Kreisen üblichen vorurtheillichen Beurtheilung der Sozialdemokratie ist es wohl denkbar, daß sie von der Ausweisung des Redakteurs und Führers Tedeschi das Verschwinden der unbrüderlichen Bewegung erwarten. Diese Hoffnung wird natürlich nicht in Erfüllung gehen. Vielleicht ist es möglich, die Stelle mit einem eingeborenen Tessiner zu besetzen, der dann kein „fremder Föhl“ ist und dem man daher auch nicht auf die so sehr leichte, aber auch sehr barbarische Art der Ausweisung los werden kann.

Die Verbreiterung der Holstenstraße.

A. K. Reichlich ein Jahr ist verfloßen, seit wir durch die freudige Mittheilung von der neuesten Idee unserer damaligen, wegen Arbeitshäufung zur Welterschaffung seines Mandats unfähigen Reichsboten überrascht wurden. Unter der Mark „uneigenlich“ erschien das Projekt der Genossenschaft m. b. H. zur Verbreiterung der Holstenstraße auf dem Markte. Eine Weile schien es, als ob der eigenartige „Patriotismus“ hier Vollbampf vorausarbeiten würde. Dann war plötzlich Ruhe über den Wassern. Ob die schwere Bürde des Amtes als oberster Hüt der Arbeitgeberverbände den Vater jenes Planes so sehr bedrückte, daß er Chamade blasen ließ, wer will es sagen? Jedenfalls hatte die, hinsichtlich der Ausführung gemeinnütziger Arbeiten, an penelopehafte Geduld gewöhnte Bevölkerung Lübeck's bis vor wenigen Tagen Zeit, an andere Dinge zu denken. Erst ganz kürzlich drangen die ersten Andeutungen über das inzwischen ausgeheckte an die Öffentlichkeit, bis dann unerwartet mit der ead Lübschen, alle Welt überraschenden und aller gründlichen Kritik anscheinend vorbeugen sollenden Pöblichkeit ein fertiges Projekt vor die Väter unserer Stadt gelegt wurde. Am Mittwoch unterbreitete der Senat dem Bürgerausschusse nachstehendes, vom 1. März d. J. datirtes Dekret:

Das Finanzdepartement hat dem Senate einen von ihm mit dem Bauunternehmer N. d. o. l. Wegner am 25. d. Mts. abgeschlossenen, hierneben abgedruckten Vertrag über den Verkauf der dem Staate gehörenden Grundstücke Holstenstraße Nr. 17, 19 und 21 nebst Zubehör, sowie St. Petri-Kirchhof Nr. 4 mit dem Antrage auf Verbeiföhrung der vorbehaltenen höheren Genehmigung vorgelegt. Danach sollen diese Grundstücke gegen einen Kaufpreis von 165 000 Mark und Tragung der halben Kosten dem Genannten abgetreten werden unter der Verpflichtung derselben, die an ihnen und ferner auf dem z. Bt. dem Kaufmann Rämpf gehörenden Grundstücke Holstenstraße Nr. 23 befindlichen Häuser abzurechen und an Stelle derselben in der durch das Gesetz vom 21. Dezember 1895 vorgeschriebenen Baufluchtlinie bis zum 1. April 1900 neue Gebäude zu errichten, die durch die Zurückverlegung der Baufluchtlinie frei werdenden Flächen aber dem Staate zum Zwecke der Verbreiterung der Holstenstraße pfaud- und laffenfrei unentgeltlich zu überlassen. Nachdem schon mehrfach Versuche, die Verbreiterung der Holstenstraße, sei es theilweise, sei es in ihrer ganzen Länge, zur Ausführung zu bringen, erfolglos geblieben sind, glaubt der Senat mit dem Finanzdepartement, die sich darbietende Gelegenheit benutzen zu sollen, wenigstens für die Strecke zwischen dem Koil und dem Betzfelde, die Straßenverbreiterung zu bewirken. Wenn nun gleich die bezeichneten Grundstücke dem Staate mit 268 750 Mk. zu hoch stehen, so ist doch in Rücksicht zu ziehen, daß einestheils schon jetzt eine diesem Preise entsprechende Aufbarmachung der Gebäude großen Schwierigkeiten begegnen, andererseits aber eine Fläche von 267 Quadratmeter dem Staate unentgeltlich abgetreten werden soll. Auch steht zu erwarten, daß, sobald nur erst mit der planmäßigen Verbreiterung der Holstenstraße an der bezeichneten Stelle in geschlossener Folge vorgegangen sein wird, andere Grundbesitzer aus freien Stücken dem gegebenen Beispiele folgen werden, und das damit der Gesamtplan der Straßenverbreiterung in absehbarer Zeit zur Verwirklichung gebracht wird. Der Senat beabsichtigt daher, zur Mitgenehmigung der Bürgerchaft zu verstellen: daß dem zwischen dem Finanzdepartement und dem Bauunternehmer Wegner am 25. Februar d. J. abgeschlossenen Vertrage über den Verkauf der Grundstücke Holstenstraße Nr. 17, 19, 21 nebst Zubehör und St. Petri-Kirchhof Nr. 4 die vorbehaltenen höheren Genehmigung erteilt werde, sowie daß alle mit dem Kaufe verbundenen Kosten, soweit sie dem Staate zur Last fallen, aus dem zu vereinnehmenden Kaufpreise von 165 000 Mark befrreiten werden.

Weiter hat der Bürgerausschuss den Senat ersucht, die z. Bt. mit den Besitzern der Grundstücke 35, 37, 39 und 41 (Holstenstraße) geschlossenen Verträge zur Ausführung zu bringen, und endlich — ein Zeichen, wie eilig man es plötzlich hat — wird schon am Montag die Bürgerchaft in der Sache zu beschließen haben!

Wir müssen gestehen, daß selten eine Vorlage auf uns einen so sonderbaren Eindruck gemacht hat, wie diese, und daß wir kaum je eine amtliche Begründung derartiger mit Trugschlüssen und schiefen Combinationen beladen gesehen haben. Man vergegenwärtige sich nur einfach die Sachlage: Die Verbreiterung der Straße ist unbedingt notwendig, ja, es ist bedauerlich, daß sie nicht längst vollendet ist, der Staat hat ein direktes Interesse an der Sache, weil die Inter-

essen der Gesamtheit berührt werden, ein noch weit größeres Interesse aber haben die Anlieger an der Verbreiterung, weil ihre Grundstücke durch dieselben an Werth ungewissenshaft bedeutend gewinnen werden. Danach sollte man nun wirklich annehmen, daß der Staat gesagt hätte: Vorwärts! Denn wo findet man drei Faktoren von solcher, das energische Handeln erfordernden und geradezu herausfordernden Bedeutung? Was aber thut Vater Staat? Er stellt uns stellt sich das Zeugnis aus, daß er die Maß nicht knacken kann, noch der ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Machtmittel, er anerkennt, daß erst ein Privatmann kommen muß, um mit einer lecken Spekulation den gordischen Knoten zu zerhacken! Und was geschieht? Die an der Wundung des gesamten Verkehrs beteiligten, werthvollen städtischen Grundstücke werden um ein Drittel billiger, als sie zu Buche stehen, verkauft. Wo wird das wohnort? „Nun, es hält heute schon Lärer, die Grundstücke zu rentablen zu gestalten, ergo — in Zukunft wohl noch schwerer!“ Eine geradezu habebrüderliche Lage! Werden denn nicht die Grundstücke gewinnbar, wenn sie an einer breiten, bequemen Kutschstraße liegen, wenn der Wagenverkehr keinen Hindernissen mehr begegnet, und der arglose Wanderer sicher vor einem dummem „Rechtsgehn!“ keine Strafe zahlen und die schönen Läden betreten kann, wenn der Kinderwagen wieder sich bilden lassen darf in der ehwürdigen Halbkreisform, wenn der höchste neue Bahnhof Ereigniß geworden ist, wenn die hohe Wallbrecht das Marienbrot mit dem Heilworte verbunden haben werden? Voraus rechne ich den etwa anders der Privatunternehmer? Aber nein! So muß es gemacht werden. Ist dann erst so ein Lappen aus dem Ganzen herausgerissen, sieht man erst auf einem kleinen Fleck, wie die Geschichte sich spielen werden wird, dann werden „hoffentlich“ die übrigen Einwohner nichts Eiligeres zu thun haben, als dem von Privatmanns Unternehmungsgeist aus jagenden Hebel schloßheit in das bessere Land der größtmöglichen Verbesserung gefolgt zu folgen. Hoffentlich! Die Märgerschaft wird am Montag zu bewachen haben, ob sie mit dem Calcul des Staates einverstanden ist. Zwei wichtige Fragen liegen ihr vor: Fahrradsteuer und Holstenstraßenverbreiterung. Sie wird den Bürgerchaftswählern zu folgen haben, ob sie ihrer Aufgabe gewachsen ist, ob die Streit bei ihr gänzlich eintrifft, oder ob doch noch ein Wort zu rechter Stunde bei ihr möglich ist. Warum nicht's ad!

Gütedi und Nachbarnvereine.

11 März

Der Vaterstädtische Verein hat sich am Mittwoch auch mit der Fahrradsteuer befaßt. Wie das in einer so angesehenen Gesellschaft nicht anders möglich, sind die absonderlichsten Anschauungen zu Tage getreten. Den Vogel schloß natürlich ein Jurist ab. Nach der „E. Z.“ erklärte Herr Dr. Wenda, man solle die Sache nicht so aufhauen, als wenn es sich um ein wichtiges Prinzip handle. Es liege nur die Absicht zu Grunde, den Wünschen der Radfahrer nach guten Wegen Nachsicht zu tragen. Es handle sich um eine Dings der Märgerschaft, die die Steuerkraft des Staates so in Anspruch nehmen, daß z. Bt. gar nicht daran zu denken sei, die Radfahrerwege ohne Heranziehung der Radfahrer zu den Kosten in den gewöhnlichen Zustand zu setzen. — Nun, da mag man doch in drei Teufels Namen die Radfahrerwege behalten! Die rabelnden Arbeiter verzichten gerne darauf, ehe sie sich eine so ungerechte Steuer aufspaden lassen! Nach dem „G. N.“ wurde auch gesagt, — wer sich ein Rad anschaffe, ohne auch die geringe Steuer von 6 Mk. dafür bezahlen. Das Rad erfordere alljährlich so viele Reparaturen, daß 6 Mk. mehr oder weniger dabei keine Rolle spielen. Wenn der Arbeiter sich ein Rad anschaffe, so habe er auch so viel Vortheile davon, daß diese Steuer dabei gar nicht ins Gewicht fallen könne. Außerdem habe die Abstufung der Steuer ihre Schwierigkeit, da dann leicht Söhne wohlhabender Eltern, die noch nicht 1500 Mk. verdienen und denen ein Rad geschenkt würde, gleichfalls steuerfrei bleiben könnten. — Der betr. Redner scheint ja sehr genau zu wissen, was ein Arbeiter leisten kann! Er hat wohl noch nicht gesehen,

daß Arbeiter nach Möglichkeit ihre Räder selbst flicken und putzen und unterbringen. Einen Stadt und einen Werkmeister für das Stahlrohr kann sich einstecken der rabelnde Arbeiter noch nicht leisten. — Wir wiederholen noch in letzter Stunde: Fort mit der Fahrradsteuer! Sie schließt ein Unrecht in sich!

Der Bestand der deutschen Kauffahrteiflotte an registrierten Fahrzeugen mit einem Bruttoreumgehalt von mehr als 50 Cubikmetern belief sich, nach der im 1. Heft des Jahrgangs 1899 der Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs enthaltenen Veröffentlichung, am 1. Januar 1898 auf 3693 Schiffe mit einem Gesamtumfanggehalt von 2189598 Registertons brutto und 1555371 Registertons netto gegen 3678 Schiffe mit einem Umfanggehalt von 2059948 Registertons brutto und 1487577 Registertons netto am 1. Januar 1897. Der Gattung nach waren 2522 Segel- und Schlepplschiffe mit 623460 Registertons brutto (585571 Registertons netto) und 1171 Dampfer mit 1565848 Registertons brutto (969800 Registertons netto) vorhanden, während am 1. Januar 1897 die Zahl der Segel- und Schlepplschiffe 2552 mit 632039 Registertons brutto, die der Dampfer 1125 mit 1427918 Registertons brutto betragen hatte.

Ernennung. Der Senat hat den Grenzaußseher bei dem Nebenzollamt in Travemünde R. G. H. L. Pleß zum Revisionaußseher bei dem hiesigen Hauptzollamt ernannt.

Holzverkäufe. Am Donnerstag, den 16. März ds. Jz., Vormittags 10 Uhr, sollen in der Gastwirtschaft von Brauer, Wilhelmshof, Norddörfer Allee, aus dem Verwalter Herr Forstmeister, Forstorte Schwin, Schellbruch, Steinberg, Wüchuburg ca. 320 Hufen Eichen, Buchen und Weichholz-Buschholz und am Montag, den 20. März ds. Jz., Nachmittags 2 Uhr, in der Gastwirtschaft von Forstmeister, Norddörfer Allee, aus dem Verwalter Herr Forstmeister, Forstorte Schwin, Schellbruch, Steinberg, Wüchuburg, Weichholz (Schnitzholz), Gerbholz 60 Stck. Eichenstämme 51,04 Fm., 29 Buchenstämme 30,28 Fm., 6 Buchenstämme 2,77 Fm., 2 Ahornstämme 0,66 Fm., 53 Eichenstämme 36,30 Fm., 1 Kerp. 0,96 Fm. öffentlich meistbietend verkauft werden. Spezielle Besichtigung findet vom 13. März ds. Jz. auf der Stadtkasse in Empfang zu nehmen.

Vom Tage. Einen alten Schwindel verübte in zwei hiesigen Apotheken ein junger Mann, indem er beim Wechseln eines 20 Mk. Stücks sowohl dieses, als das Wechselgeld einsteckte und zu verdrücken suchte. In einem Falle ist ihm der Trick gelungen. — In Gast gerichten zwei Bettler und drei Trunken.

Wissau. Verurtheilung. Als im vorigen Jahre das Hotel „Waldschloß“ abbrannte, geriethen während der Wüchubarbeiten der Wüchmeister Niemeyer aus Gutin und der Tischler Sch. Schmidt und der Arbeiter Klüwer von hier in Differenzen. Der Streit zeitigte eine Anklage gegen die beiden Lehrgenannten wegen Verleumdung des Beamten. Das Schöffengericht Gutin verurtheilte die Schuld dieser Tage zu je 15 Mk. Geldstrafe und den Kosten wegen formeller Verleumdung, erkaunte aber an, daß der Wüchmeister in die Rechte des Brandmeisters eingegriffen habe, dessen Anordnungen jeder Einzelne sich fügen müsse.

Entin. Die nächste Mitglieber-Verjammlung des sozialdemokratischen Vereins findet am Donnerstag, den 16. d. Mz., Abends 8 Uhr, statt. Alle Genossen müssen am Platze sein.

Entin. Die essentialen Schulprüfungen der städtischen Schulen finden statt: Dienstag, den 14. März für die Volksschule: Nachmittags 2—5 Uhr Klasse VI—1 in der ersten Klasse der Volksschule; Donnerstag, den 16. März für die erweiterte Volksschule für Knaben: Vormittags 9—11½ Uhr Klasse VII—III, Nachmittags 2—4 Uhr Klasse II und I in der Aula der Schule; Freitag, den 17. März für die erweiterte Volksschule für Mädchen: Nachmittags 2—4½ Uhr Klasse V—I in der Aula der erwähnten Volksschule für Knaben.

Diesdorf. Abgebrannt ist in der Nacht auf Mittwoch in Rethwischfeld eine vor zwei Arbeiterfamilien bewohnte Strohdachhütte. Die Bewohner retteten mit Mühe das nackte Leben. Hab und Gut wurden ein Raub der Flammen.

Garben. Bei der Gemeinderathswahl siegte in der dritten Klasse unser Genosse Messer mit 374 gegen 99 Stimmen.

Wüstrow. Aufruhr und Auflauf. Vor dem Schwurgericht hatten sich am Donnerstag 10 Arbeiter, Knechte und Handwerksgehilfen aus Schwöon zu verantworten. Am 17. Juli v. Jz. war zur Nachfeier des Königsschusses Langmuß. Bei dieser kam es zu Reibereien mit Polizeibeamten, die zuletzt in wüste Schlägereien und Messerstechereien ausarteten. U. a. erschossen Kuse, wie: „Haut den Spighut auf den Kopf“, „Stecht Schmidt und Thielke todt“, auch war ein gewaltiger Menschenauflauf, dessen die hartbedrängten Beamten schließlich nur unter Anwendung des Revolvers Herr werden konnten. Das Urtheil lautete gegen den Bieglersgehilfen Seemann auf 2 Jahre Buchthaus, gegen den Bieglersarbeiter W. Ahrens auf 1½ Jahre Buchthaus, gegen den Klempnergehilfen Farnow und den Schneider Schreiber auf je 9 Monate, gegen den Arbeiter Klein auf 6 Monate Gefängniß. Die übrigen wurden freigesprochen, die Verurtheilten sofort in Haft genommen.

Stavohagen. Tragisch. Am 12. November vorigen Jahres erlitt der Matrose Scheibel auf der Jagd seinen Gefährten, Sanitätsrath Dr. Alfeld. Er hatte ihn für einen Hasen gehalten. Sch. wurde vom Landgericht Wüstrow zu 6 Monaten Gefängniß wegen fahrlässiger Tödtung verurtheilt.

Briefkasten.

Wenn nicht etwas Anderes ausdrücklich vereinbart worden ist, muß die Kündigung, wenn der Dienstvertrag auf ein Jahr oder auf längere Zeit geschlossen ist, in der Stadt und in Travemünde 6 Wochen, in den Landbezirken aber drei Monate vor Ablauf der Dienstzeit erfolgen.

Der Druckfehlerentset hat uns gekümmert insofern einen bösen Streich geliebt, als er es gewagt hat, im Zeitartikel aus „vaterlandischen Gefühlen“ „vaterliche Gefühle“ zu machen. Unsere Leser werden den Streich des neckischen Stobolbes sicherlich belacht und selbst corrigiert haben.

Quittung.

Für die Dreiecker Opfer des Buchthaussturzes gingen ein:

Von A. J.	M. 1,—
Von B.	1,—
Von C. W.	0,50
Th. Sch.	3,—
Von H. W.	1,—
Von der Großmutter aus Meddenburg	3,—
Sektion der Klempner auf Eilen gel.	13,90
Mit den bereits angetreten	448,20
Summa Mk.	471,69

Die Expedition.

Hamburger Marktbericht.

Hamburg, 10. März.

Butter.	
I. Qualität	Mk. 106—116
II. Qualität	„ 100—103
Ferner:	
Abfallende und ältere Waare	„ 90—96
Schleswig-Holsteinische Bauernbutter	„ 75—80
Schlesische und ähnliche	„ 80—84
Frischländische Sommer	„ 90—95
Amerikanische Waare	„ 75—90
Tendenz fest.	

Stadttheater. Der uralte Schwan „Mamselle Lou Billen“ geht am Sonntag Nachmittag zum letzten Male in Szene. Abends findet die Eröffnung der Novität „Im Fegfeuer“ (Der Brantstand) von Ernst Gettle und H. Engel statt und weisen wir auf diese Vorstellung nochmals ganz besonders hin. — Am Montag findet für die Regisseure Herren Bretschneider und Kub eine Benefiz-Vorstellung statt. Dieselben haben zu ihrem Ehrenbeide den komischen Thoman'schen Schwan „Charles's Tante“ und das Charakterbild „Im Wohnzimmer Sr. Excellenz“, von Solm, worin Beide in bedeutenden Rollen beauftragt sind, gewählt.

r. Zirkus Variete, Neuterkrug. Die beiden letzten Sonntagsvorstellungen des mit lebhaftem Beifall aufgenommenen März-Programms werden sicherlich nicht den gewohnten Erfolg verfehlen, den sie aufrichtig verdienen.

Dank.

Nun kann auch ich, wie so Viele vor mir, meinen innigsten Dank für die Heilung der Kopfstille aussprechen. Seit langer Zeit hielten sich von Zeit zu Zeit heftige Kopfschmerzen in der Stirn, den Augen und dem Oberkopf ein, es hämmerte und bohrte in den Schläfen und qualvolles Erbrechen folgte. Magenbeschwerden hatte ich fast stets und zogen diese bis ins Kreuz und zwischen die Schenkel. Der geringste Luftzug machte mich krank und elend. Schließlich wandte ich mich auf mehrere Empfehlungen Geheilter, schriftlich an Herrn G. Fuchs, Berlin, Leuzigerstr. 134, L. Es stellte sich gleich Besserung und allmählich völlige Heilung ein, was ich zum Wohlle ähnlich Leidenden bekannt gebe, da ich mich wie neugeboren fühle. Frau Gastwirth Weinberg, Dolgeln.

Empfehlungs-Karten
liefert prompt und sauber
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.
Johannisstraße 50.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lüb. Volksboten inserieren, zu beauftragen und bei event. Entwürfen sich auf unser Blatt zu berufen.

Die Geburt eines Mädchens beehren sich anzugeben
H. Busch und Frau,
Elisabeth, geb. Stark.

Allen denen, die meinem guten Mame die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kranzen schmückten, sowie dem Verband der Holzarbeiter sagt herzlichsten Dank.

Louise Klempau.
Unserer Großmutter Frau Schoof, Gloden-gießerstraße 6, zu ihrem 78. Geburtstag die besten Glückwünsche!
J. A. H. B.

Zu verm. eine kleine Gang-Bude
zum 1. April. Näheres Hundestraße 43/9.

Zu verm. Logis parterre nach vorne
für einen jungen Mann Fischerstraße 21, parterre.

Zu verm. eine Stube nebst Kabinett
zum 1. April Hundestraße 85.

Ein Logis nach vorne
Brüderstraße 9, 2. Et. Hoffenthor.

Arbeiterinnen
werden gesucht.
Hanseatische Fisch-Industrie-Actien-Gesellschaft
(vorm. J. H. Schumacher)
Ernestinenstraße 3.

Lüchtiger Rodschneider
findet dauernde Beschäftigung bei
Rud. Karstadt.

Leere Weinflaschen
werden zu kaufen gesucht
Hürstraße 94.

Zu kaufen gesucht ein Kinderwagen
mit starkem Untergerüst
Fischerstraße 60, 1 Et.

Ein neues und ein gebrauchtes Bett
ist billig zu verkaufen Regidienstraße 24, 1. Et.

Herrschafft. und einf. Mobilien bill. z. vert.
Wahmstraße 79, part.

Zwei schöne Zugänger
zu verkaufen
Arminstraße 40.

Zwei Zugänger
zu verkaufen
Cordes, Mois. Allee 88.

Paul Salay
Tapetier und Decorateur
Große Petersgrube 12.
Beste Ausführung. Billige Preise.

Elegante neue Frühjahrs-Artikel

in fertigen Herren- und Knaben-Garderoben
 von vorzüglichem Sitz, in bekannt soliden Stoffen.

Buckskin-Herren-Anzüge
 9,50, 12, , 16,50, 21, - bis 30,- Mtl.
Cheviot-Herren-Anzüge
 14,50, 17,50, 24,-, 26,50 bis 45,- Mtl.
Kammgarn-Herren-Anzüge
 17,-, 21,50, 24, , 28,- bis 42,50 Mtl.
Herren-Rock-Anzüge
 20, , 33,50, 38,- bis 48,- Mtl.

Herren-Sommer-Paletots
 9,50, 10, , 10,50, 22, bis 44,- Mtl.
Loden- und Jagd-Joppen
 3, , 4,90, 6,50, 8, bis 14,- Mtl.
Haveloks und Kragen-Mäntel
 11,75, 12,50, 15,- und 18,- Mtl.
Regen-Röcke und Mäntel
 14,50, 19,50, 27, , 30,- bis 47,- Mtl.

Jünglings-Anzüge. Knaben-Anzüge.

Bleinkleider — Jackets — Westen — Hüte — Mützen.

Größte Auswahl am Platze.

Rudolph Karstadt, Lübeck.

Überzeugen Sie sich, dass meine
Deutschland-Fahrräder
 die besten und dabei
 die allerbilligsten sind.
 Wiederverkäufer gesucht.
 Haupt-Katalog gratis & franco.
 August Stukobrok, Einbeck
 Deutschlands größtes
 Spezial-Fahrrad-Versand-Büro.

Werkzeuge
 garantiert gute Qualität
 für Zimmerer, Tischler, Maurer,
 Tischler, Schlosser, Schmiede, Stell-
 macher, Wächter empfiehlt
J. F. B. Grube
 Ing. Rud. Müller.

Frische Metzerl-Butter
 empfiehlt Gust. Glöde,
 Karpenstraße, Ecke Leichstraße.

Confirmanden-Anzüge
 in großer Auswahl und jeder Preislage.
Großes Lager fertiger Herren-Garderoben
 sowie reichhaltiges Lager in Stoffen.
 Anfertigung nach Maß unter Garantie.
 Ferner empfehle meine Ausrüstungs-Artikel
 für Jäger, Niederlage von Julius Buchholz-Hannover,
 für Maurer u. Zimmerleute, Niederlage v. Cohn & Sohn-Hambg.
S. Baruch, Holstenstr. 16.

Sensation

erregen unsere für das Frühjahr nach neuester Mode angefertigten besseren Herren- und Knaben-Garderoben, die sich durch schneidigen Sitz, dauerhafte Verarbeitung und echtes Tragen der Stoffe besonders auszeichnen, so daß es sich für Jeden unbedingt lohnt, dieselben zu beschaffen. Unübertroffen ist die Auswahl, die wir in dieser Saison bieten und sind die Preise, um eine möglichst schnelle Räumung unserer colossalen Vorräthe zu erzielen, so fabelhaft billig gestellt, daß dieselben von keiner Concurrenz erreicht werden können. Auch Nichtkäufer wird jedes Kleidungsstück zur Ansicht bereitwilligst vorgelegt.

Frühjahrs-Saison 1899.

Herren-Sommer-Paletots, neueste Farben u. Stoffe,	nur Mtl. 6, 8 1/2, 12, 16 u. höher
Herren-Anzüge, solide, dauerhafte Stoffe, alle Farben,	nur Mtl. 6 1/2, 10, 12, 14
Herren-Anzüge in den neuesten Saison-Stoffen	nur Mtl. 12, 15, 16, 18
Herren-Anzüge, Rock- und Gehrockfacon, ff. Qualität	nur Mtl. 15, 18, 20, 25
Herren-Jackets- und Joppen, in allen Stoffen	nur Mtl. 2, 2 1/2, 3 1/2, 5 1/2
Herren-Hosen, haltbar, für alle Zwecke	nur Mtl. 1 1/4, 2, 2 1/2, 3
Herren-Hosen, neueste Streifen, modernster Schnitt,	nur Mtl. 3 1/2, 4, 5, 7
Radfahrer-Anzüge, Havelocks, große Auswahl,	nur Mtl. 6 1/2, 9, 12
Jünglings-Anzüge aus erprobten Stoffen	nur Mtl. 3, 25, 5 1/2, 7
Knaben-Anzüge, diverse Qualitäten, hübsche Facons	nur Mtl. 1 1/2, 2, 2 1/2
Knaben-Anzüge, reizende Neuheiten in Stoff u. Sammet	nur Mtl. 3 1/2, 4, 5 1/2
Knaben-Hosen von 60 Pfg. an. Herren-Westen von 95 Pfg. an.	

Arbeiter-Garderoben bei uns, wie bekannt, unglaublich billig!

Confirmanden-Anzüge

aus soliden, haltbaren Stoffen, von tadellosem Sitz, beste Verarbeitung
 nur Mtl. 5 1/2, 6 1/2, 8 1/2, 10, 12, 14 bis 24.
 Bei Einkauf eines g. Confirmanden-Anzuges 1 Gut gratis.

Großes Lager passender Garderoben für corpulente Herren!
 Winter-Garderoben werden jetzt zu jedem Preise ausverkauft!

Welthaus „Goldene 33“

Lübeck, Breitestr. 33, eine Treppe (kein Laden.)
 Größtes und billigstes Special-Herren- und Knaben-Confections-Geschäft am Platze!
 Bitte genau auf meine Firma zu achten.
 Umtausch gestattet. Änderungen und Ficklappen gratis.

Frack-Verleih-Institut.

Uhren reinigen . 1,50,
 Federn einsehen . 1,50,
 1 Jahr Garantie.
 Uhrgläser 1. Qual. 0,30.
Aug. Büttner,
 Uhrmacher,
 Hülfstraße 32.

**Total-
 Ausverkauf**
 wegen Umzug nach der
Sandstr. 5
**Regen-
 u. Sonnenschirme**
 10 pCt. Rabatt, nur eigenes Fabrikat
 empfiehlt
H. Stoppelman
 Schirmfabrik,
 30 Hülfstraße 30.

„Zur Neuen Lohmühle“.
**Einladung zum
 Gesellschafts-Abend**
 verbunden mit humoristischen Vorträgen
 unter gütiger Mitwirkung der Herren
F. K. W. R. G. W.
am Sonntag den 12. März
 Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pfg. Ende 12 Uhr.
 Einführung gestattet. Das Comité.
 Der ev. Ueberschuß ist zu einem guten Zweck best.

Das beste Sonntags-Vergnügen
Man eile!!
 zum
Circus Variété.
 Heute Sonntag:
 Die 2 letzten Sonntagsvorstellungen
 Um 4 Uhr: Kinder-Fabel-Vorstellung.
 Billige Preise — Kinder die Hälfte.
 Abends 7 1/2 Uhr:
 Die letzte Sonntag-Gala-Vorstell.
 des glänzenden März-Programms
 mit neuen Einlagen.
 Neu! Der Pantoffelheld. Neu!
 Auftreten von Heiner Kalnberg.
 Montag:
 Große Extra-Vorstellung
 mit neuen Einlagen.

Stadttheater in Lübeck.
 Sonntag den 12. März. Nachm. 4 Uhr.
Mamselle Tourbillon.
 Abends 7 Uhr. Zum ersten Male.
 Neuheit!
Im Fegefeuer.
 Schwan in 3 Akten von E. Gettle u. A. Engel
 Montag den 13. März.
 Benefiz für die Herren Regiffeure
 Bretschneider und Rub.
Charley's Tante.
 Vorher:
Im Vorzimmer Sr. Excellenz
 Charakterbild in 1 Akt von Palm.

Reichstagsbrief.

Unser parlamentarischer Mitarbeiter schreibt uns:

Zum Reichstage wurde Donnerstag ein alter Ladenaüter, die sogenannte lux Feinze, verhandelt. Die Unstlichkeit ist in unseren Zeitläuften angeblich so groß, daß ihr nur durch Gebot und Verbot der Heraus gemacht werden kann. Die kirchlichen Bestrebungen spielen bei diesem Kampf gegen die Unstlichkeit natürlich auch ihre Rolle. Die Führung hat das Zentrum übernommen; seinem Eifer in früheren Jahren ist die jetzige Regierungsvorlage zu verdanken. Natürlich bietet dieser Entwurf der Regierung nur Halbmessen. Er will nur die an die Oberfläche tretenden beklagenswerthen Erscheinungen beseitigen, ohne den Grundübeln auf die Spur zu gehen. Von sozialreformerischer Thätigkeit ist in dem ganzen Entwurf nichts zu entdecken. Der erste Theil der Vorlage ist noch annehmbar; er beseitigt Unverständlichkeiten und Härten der jetzigen Ruppelgesetzgebung. Ein anderer Theil beschäftigt sich mit den Zukütern und will hier mit draconischen Strafmitteln helfen. Der letzte Theil beschäftigt sich mit sogenannten unrichtigen Schriften oder das Schamgefühl verletzenden Abbildungen und Darstellungen und ist in seiner Fassung der bedenklichste, denn er giebt die Möglichkeit, daß rein literarische und wissenschaftliche Produkte sowie Erzeugnisse rein künstlerischer Natur durch ihn unter Strafe gestellt werden. Es soll angegeben werden, daß die Regierungsvorlage hier nicht allen Wünschen der ultramontanen Minderheit nachgegeben hat. Andererseits ist die Regierung aber nicht auf einen Vorschlag eingegangen, der seine Berechtigung in der Entwicklung der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse hat: der sogenannte Arbeitgeberparagraf, der unsittliche Anträge, welche Arbeitgeber unter Mißbrauch ihres Ansehens weiblichen Angestellten machen, unter schwere Strafe stellte.

Die Debatte war im Großen und Ganzen sehr knapp gehalten. Die meisten Redner waren Juristen und behandelten die Dinge nur oberflächlich vom juristischen Standpunkt. Allgemeinere Gesichtspunkte brachten nur der nationalliberale Dr. Endemann und Genosse Webel bei. Der nationalliberale Redner legte dabei erheblich gegen seine Fraktionsgenossen, den heiligen Paasche und den nicht minder heiligen Oriola. Als Naturwissenschaftler will er die bekümmende Kraft oder seligmachende Kraft der Kirche nicht gelten lassen und er ist sogar so vorurtheilsfrei, daß er Nicht-Christen für vollwertig in moralischer Beziehung erklärt. Unsern Genossen Webel machte es offensichtlich einen Niesenspaß, den unheiligen Endemann dem heiligen Paasche gegenüberzustellen. Bald aber wandte er sich ernstlichen Dingen zu und behandelte mit der ihm eigenen Ueberzeugungskraft die Ursachen des schrecklichen Uebels der Prostitution. Auf der Tribüne sahen die Führerinnen der bürgerlichen Frauenbewegung. Diese Damen hörten sehr gespannt zu. Ob sie nun auch endlich zu der Ueberzeugung kommen werden, daß dem weiblichen Geschlechte nur von der Sozialdemokratie der Rettung kommen kann? — Wir wollen ihre Fähigkeiten nicht überschätzen.

Wo es sich um Hebung der „Sittlichkeit“ handelt, kann natürlich der edle Stimm nicht schweigen. Er war mit einem Antrag auf dem Plan, der eine schärfere Bekämpfung der Sittlichkeitsverbrecher verlangte. Webel hielt

die bestehende Gesetzgebung für ausreichend. Er konstatierte nur die auffällige Thatsache, daß gerade Sittlichkeitsverbrecher so häufig begnadigt werden. Daß unter Genosse auch für die Freiheit der Wissenschaft und Kunst energisch eintrat, ist eigentlich überflüssig zu erwähnen.

Die Vorlage wurde an eine 14gliedrige Kommission überwiesen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

„Die bemgellten Seelente“ kamen, nach dem „Vortw.“, auch in der Sitzung der Kommission über die Invaliditätsversicherung zur Sprache. Die Abgg. Wollenbush und Stadthagen tabelten; daß entgegen dem § 6 des See-Unfallversicherungs-Gesetzes noch die für die Krüppel, Wittwen und Waisen ungünstige Festsetzung der Durchschnittssteuer aus dem Jahre 1897 besteht. Sie verlangten eine Aenderung dieses Zustandes, durch den das Heberthum um jährlich 60 bis 70000 Mark aus dem Unglück der Seelente und ihrer armen Hinterbliebenen subventionirt wird. Der Ministerial-Direktor v. Wödlke suchte den bestehenden Zustand als gesetzmäßig hinzustellen. Kein Mitglied der Kommission trat seinen Ausführungen bei. Freilich aber schweigt nach wie vor der Blätterwald der bürgerlichen Presse über das ungeheuerliche, den Seelenten zugefügte Unrecht.

Märzfeier in der Landrathskammer. Die trockene Berathung des Bau-Etats im Abgeordnetenhaus wurde Mittwoch durch eine hochpolitische Debatte unterbrochen, die allen treuen Bekennern der Demokratie zu hoher Verachtung gereichen wird. Der Abgeordnete Justizrath Munkel schritt nämlich bei diesem Etat eine „Bausache“ an: die Verweigerung der Baerlaubnis für das Gitter und Portal am Friedhof der Märzgefallenen. Nach der rechtlichen wie nach der politischen Seite hin übte der freisinnige Redner an dem versagenden Reskript des Polizeipräsidenten scharfe und geistvolle Kritik. Es wies zunächst nach, daß die Voraussetzungen der Behörde durchaus unzutreffend seien, daß von einer „Verherrlichung der Revolution“ schon wegen der geringen Summe, die dafür ausgesetzt sei und nur das Nothdürftigste decke, nicht die Rede sein könne. Das Verbot habe nicht den mindesten Rechtsboden. Daß diese Belämpfung der behördlichen Motive indessen keine leisererische Beschwichtigung, keine Verschleierung der freisinnigen Sympathien für die Opfer der Revolution sein sollte, bewies Abg. Munkel durch seine weiteren Ausführungen, in denen er mit Wärme die Revolution als die Grundlage aller weiteren Entwicklung im deutschen Vaterlande pries, und es als eine selbstverständliche Pflicht der Dankbarkeit bezeichnet, daß man das Andenken an sie und ihre blutigen Opfer hochhalte. Die ganze Reaktionsgarde geriet ob dieser freisinnigen Aufrichtigkeit in Aufruhr. Minister Thiele war rathlos. Er beschränkte sich darauf, die „Revolutionsoverherrlichung“ des Abg. Munkel „namens der Regierung auf's Entschiedenste zurückzuweisen“ und verweigerte jede weitere sachliche Erklärung. Dann zogen nacheinander die Junker Freiherr v. Jedlitz, Graf Limburg-Stirum und v. Puttkamer-Plauth vom Leder, wurden aber von Munkel, dem der alte Langerhans trefflich sekundirte, glänzend abgeführt. Am Schlusse der Debatte

konnte der freisinnige Wortführer konstataren, daß diese Debatte thatsächlich zur Verherrlichung des 18. März gedient habe, der sie dienen sollte. „Bedanken Sie sich — rief er den Junkern zu — dafür bei dem Minister, der diese Verherrlichung verhindern wollte!“

Die Angriffe auf die zweijährige Dienstzeit werden fortgesetzt. Da die Feinde derselben wissen, daß sie im Falle eines Sturm des Unwillens stößen würden, wenn sie sich für die sofortige Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit in's Zeug legen würden, so versuchen sie es zunächst mit der Propaganda für die 2 1/2 jährige Dienstzeit. In dem neuesten Hefte der „Internationalen Revue über die gesammten Armeen und Flotten“ empfiehlt ihr Herausgeber Major v. Wisleben-Wendelstein die 2 1/2 jährige Dienstzeit für die Infanterie. Er macht folgende Vorschläge: Die Rekruten der Infanterie sollen Mitte Oktober oder am 1. November eingestellt werden, die Reservisten aber nicht im Herbst, sondern nach der dritten Kompagnievorstellung, etwa am 1. April entlassen werden. Die entlassenen Reservisten sollen zwangsweise dahin zurückgebracht werden, wo sie ausgehoben oder ortszugehörig sind. Zur Erntezeit sollen Beurlaubungen in der Stärke eines ganzen Jahrganges auf 1 1/2 Monate eintreten. Die Herbstübungen sind demzufolge auf einen etwas späteren Zeitpunkt zu verlegen. Die Vorschläge werden damit begründet, daß einmal bei der zweijährigen Dienstzeit ein Mangel an Rekrutenausbildungsmannschaften eintreten müsse oder schon eingetreten sei, ferner damit, daß die notwendigen Abkommandierungen von Arbeitern nicht mehr erfolgen könnten, endlich damit, daß in der Zeit vom Oktober bis April jetzt die Kompagnie nur 60 ausgebildete Leute habe, was für den Fall der Mobilmachung außerordentlich bedenklich sei. — Die Gründe sind nicht weniger als überzeugend; dagegen zeigen sie den agrarischen Pferdesuß recht deutlich. Damit die Junker billige Erntearbeiter haben, sollen die Söhne des Volkes ein halbes Jahr länger in den Kasernen kampiren.

Wahregelung von Postunterbeamten. Die „Neue Hamburger Zeitung“ veröffentlicht das folgende ihr zugegangene Schriftstück:

Verhandelt bei dem kaiserlichen Postamt 2 in Hamburg, den 10. März 1899.

Nachdem sich herausgestellt hat, daß der Vorstand des Hamburger Bezirksvereins des Verbandes deutscher Post- und Telegraphen-Unterbeamten sich zu agitatorischen Zwecken hergegeben hat, kann die Zugehörigkeit zu diesem Verein nicht geduldet werden.

Unter Hinweis hierauf wurde der Post... befragt, ob er Mitglied des bezeichneten Vereins sei oder nicht. Er erklärte, daß er dem Vereine als Mitglied angehöre. Der Genannte wurde darauf in Gemäßheit der Verfügung der kaiserlichen Oberpostdirektion vom 25. Februar 1899, II, 3703 aufgelöst, aus dem Vereine alsbald auszuscheiden, und daß dies geschehen, bis zum 10. April verhandlungsschriftlich zu erklären.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben. Gesehen wie oben. Fortgesetzt... 1899. Der Post... zeigt unter Bezugnahme auf seine obenstehende Erklärung seinen Austritt aus dem Verein an. B. g. u. g. w. o.

Auf eingezogene weitere Erkundigungen erfährt die „Neue Hamburger Zeitung“, daß man in Kreisen der Unterbeamten vermuthet, die agitatorische Thätigkeit des Verbandes werde unter anderem darin gesucht, daß der Bezirksverbandsvorsitzende, Briefträger Fehmert, dem in

Der Vogt von Sylt.

Erzählung von Theodor Mügge.

(19. Fortsetzung.)

„Man hofft auf den Kronprinzen.“ sagte Jens. „Wie man auf alle Kronprinzen hofft, die eine goldene Zeit für die Völker bringen sollen.“ lachte der Staatsrath. — „Weil Prinz Christian eine Jugendsünde zu bereuen hat, weil er in Norwegen den Ritter Bahard spielte und den Bauern und Fischern da eine Konstitution gab, die ein paar Dutzend listiger Advokaten und Professoren ihm abschwindelten und abtrotzten, darum glaubt man, daß er auch als König konsequent seine Irrthümer wiederholen müsse. Lieber Freund, ein König ist etwas anderes als ein Kronprinz und dieser hier“ — er drehte sich ab und strich mit der Hand über sein spöttisch verzogenes Gesicht — „Se. Königl. Hoheit, der Prinz, ist wie ich glaube, bei aller Weichlichkeit seines liebevollen Gemüths doch nicht im Stande, unberechtigten Zeitforderungen nachzugeben.“

„Was man mir erzählt hat,“ fiel Vornsen ein, „bezieht sich aber doch zu dem Glauben, daß der Prinz sich gern zu denen neigt, die eine Verfassung für das Land fordern.“

„Sie werden immer finden,“ sagte der Staatsrath, „daß sich um einen Kronprinzen die Neuerer und Mißvergünstigten sammeln. Er ist die aufgehende Sonne, und je weniger dieser zu scheinen vergünnt ist, um so mehr wartet alles auf ihre jungen Strahlen. Wir haben hier drei Parteien. Die der alten Regierung und des Königs, wenn ich so sagen soll; die unserer Konstitutionellen, welche vom Kronprinzen den zweiten Akt norwegischen Dramas erwarten; endlich unsere Skandinavier, unsere begeisterten Studenten, Bitteraten, Professoren, politische Schwärmer nach Art der deutschen Demagogen, die von einer Wiedergeburt der drei Reiche träumen und dem Prinzen gern Margarethens dreifache Krone auf

Haupt drücken möchten, wenn er dies dazu tief genug vor unsern Freiheitsaposteln beugt.“

„Ich frage nicht, Herr Vornsen,“ fuhr er dann fort, „zu welcher Partei Sie sich schlagen werden. Eine deutsche Partei giebt es hier nicht, es müßte denn diejenige Partei sein, die möglichst alles beim Alten erhalten will.“

„Ich glaube,“ erwiderte Vornsen, „daß ich nicht das geringste Recht habe, irgend einer Partei hier anzugehören.“

„Sehr gut,“ sagte Hammerstein, „und was Ihnen auch gesagt werden mag, glauben Sie mir, daß es in Ihrer jetzigen Lage das Beste ist, wenn Sie gar keine Meinung haben. Als Subalternbeamter ist dies an und für sich Ihre Pflicht. Steht man hoch und fest, so kann man sich einmischen; will man Carriere machen, so muß man vor allen Dingen schweigen und gehorchen und durch seinen Eifer sich auszeichnen. Es ist nicht wahr, daß nur der Soldat zum unbedingten Gehorsam verpflichtet ist; jeder Beamte ist in derselben Lage. Eine Regierung muß von ihren Beamten, wo und wer diese auch seien, anhängliche Ergebenheit fordern. Die Lage lehrt, daß ein Beamter thun könne, was er wolle, wenn er nur seine Geschäfte erfüllt, ist verwerflich. Seine Pflichten gehen über die Geschäftsstunden hinaus, er muß zu jeder Stunde das Lied des Herrn singen, dessen Brod er isst.“

„Also sich mit Leib und Seele verkaufen?“ lachte Jens.

„Hören Sie, Herr Vornsen,“ erwiderte der Baron vertraulich, „alles, was ich Ihnen sage, ist mein guter Rath, und eben weil ich glaube, daß er nicht auf schlechten Boden fällt, bin ich weislich. In der deutschen Kanzlei werden Sie mehr als einen finden, der in Betreff der Rechte der Herzogthümer und über konstitutionelle Träumereien Ihnen schöne Dinge aufsticht. Glauben Sie davon, was Sie wollen, aber denken Sie immer an den altgriechischen Weisheitspruch, daß der Mensch zwei Ohren, aber nur einen Mund hat. Sie verstehen mich. Sie werden Gelegenheit haben, Ihre

Kenntnisse, Ihren Eifer und Ihre Geschicklichkeit zu beweisen. Wenn Sie wollen, werden Sie bald steigen und in meinem Hause mir und meinem Kreise immer willkommen sein. Da kommt meine Tochter und Kammerherr Branden. Ich will Sie sogleich mit ihm bekannt machen; er kann Ihnen mannschaftlich nützlich sein durch seine Protektion. — Protektion! das ist auch ein Wort, das Sie merken müssen.“

Die letzten Sätze hatte er leise und rasch gesprochen, während er aufstand und Vornsen freundlich die Hand schüttelte. Die Thür des Bibliotheksaales war inzwischen von einem breitschultrigen, kleinen Herrn geöffnet worden, der den Staatsrath mit einer Hutschwenkung grüßte und dann wartend stehen blieb, bis Vornsen plötzlich hastig hereintrat und an ihm vorüber ihrem Vater zuflüchtete.

Als sie vor Vornsen stand, lachte sie fröhlich auf. „Meines Vaters Wunsch haben Sie erfüllt,“ sagte sie, „er sieht Sie jetzt im schwarzen Frack und weißer Binde, wie es sich paßt und schickt für den Mann von guten Sitten; ich aber, Herr Jens Uve Vornsen aus Sylt, sehe Sie immer noch, trotz Ihrer jetzigen Verkleidung, in der Jade und dem Silberwetter am Steuer stehen. So helfen Sie denn rüftig hier das Staatsschiff lenken; wenn aber Ihre Hände ruhen dürfen, so kommen Sie zu uns, wir wollen uns bemühen, Ihr Heimweh zu mildern.“

„Herr Vornsen ist viel zu sehr Weltmann, um an einer Krankheit zu leiden, die Bauern und Hirten befällt,“ rief der Staatsrath. „Ihnen, lieber Kammerherr Branden, stelle ich hier unseren jungen Freund vor, von dem Sie uns so oft reden hörten. Ich glaube, daß ich nichts weiter zu seiner Empfehlung sagen darf.“

Der Kammerherr war einige Schritte entfernt stehen geblieben und hatte, während Vornsen sprach, Vornsen durch sein goldgefäßtes Glas betrachtet. — Jetzt ließ er es fallen und trat mit Freundschaft heran. — Er hatte viel Wohlwollendes und Gutmüthiges in seinem Gesicht, dazu die Höflichkeit und den Komplimentenreichtum des Mannes, der in guter Gesell-

Starke

Arbeiter - Garderoben.
 Engl.-Leder- u. Manschettenhosen
 in weiß, braun, blau und schwarz.
 2,50, 3, 4, 5, 6 bis 8 Mt.
Blau Leinen- und Drell-Hosen
 1,40, 1,60, 1,80, 2, 2,50 bis 3 Mt.
Zwirn- und halbwollene Hosen
 1,50, 1,80, 2, 2,50, 3, 4 bis 5 Mt.
Blau Leinen- und Körper-Jacken
 1,80, 2, 2,50 bis 3 Mt.
Blousen in gestreift u. glatt blau
 1,30, 1,50, 1,80, 2 bis 2,50 Mt.
 in harter Näharbeit, empfiehlt

Louis Levy
 Klingenberg 5.

Club Fidelitas.

General-Versammlung
 am Montag den 13. März 1899
 Abends 9 Uhr
 im Club-Lokal.

Tages-Ordnung:
 Abrechnung der Sterbekasse für Männer und
 Frauen, der Vergütungskasse und der Unter-
 stützungskasse. Vorstandswahl. Anträge. Ver-
 schiebenes.

Der Vorstand.

Restaurant

„Zur bairischen Burg“
 — Schüsselbuden 24. —
 Vorzügliches Germania-Bier
 und
 Kulmbacher Peetz-Bräu.
 Gute hiesige und bayerische Küche.
 Vom Sonnabend Abend an jeden Abend:
Zither-Vorträge.
 Zum Besuche ladet ergebenst ein
 Emil Toll.

Friedrich-Franz-Halle
 Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen
 L. Lübke.

Arbeiter-Turnverein
 Einladung zum
Frühjahrs-Ball

verbunden mit turnerischen Aufführungen
 am Sonntag den 12. März 1899
 im Lokale des Herrn Gutsche (Neulauerhof).
 Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
 Eintritt 50 Pfg. Damen frei.
 Das Comitee.

Gesellschaftshaus Adlershorst
 Sonntag den 12. März: **Tanzkränzchen.**
 Mittwoch den 15. März:
Lehtes Abonnements-Concert m. Aufführungen u. nachfolgendem Ball.

Concert-Haus „Flora“
 Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
 Ende 12 Uhr. F. Grammerstorf.

Central-Hallen. Jeden Sonntag: **Gr. Tanz** in beiden Sälen. Eintritt frei.

Hansa-Halle. Jeden Sonntag: **Familien-Kränzchen.** Freier Tanz. Freier Tanz.
Donnerstag den 16. d. Mts.: **Kränzchen.**

Hervorragend billig!

75 Pfg.
 Confirmandin-Kut
 mit eleganter Wand-
 Garnitur.

Für
Confirmandin
 reizend garnierte
Hüte.

Gelegenheits-Kauf!

1.00
 Confirmandin-Kut
 elegant und die
 garniert

* **Große Ausstellung** *

Confirmandin-Hüten

Stück 1.50, 2.00, 2.50, 3.00 bis 6.00 Mark.

Spitzen-Taschentücher
 Stück von 20 Pfg. an.

Glacé-Handschuhe
 4 Knopf, Paar 1.00 Mt. und 1.50 Mt.

Weisse Unterröcke mit Stickerei
 Stück 1.25, 1.75, 2.25 bis 6.00 Mark.

Corsetts, neue Facons
 von 60 Pfg. an.

Daniel Schlesinger Nachf., Lübeck.

== Eckhaus Breitestrasse und Fleischhauerstrasse. ==

COLOSSEUM

Heute Sonntag:
Große freie Tanzmusik.
 Anfang 4 Uhr.
 W. Dastler.

Louisenlust.

Heute Sonntag:
Gr. Tanzmusik.
 H. Claudius.

Elysium.

Morgen Sonntag:
Tanzkränzchen.
 Ergebenst H. Havemann.



Drahtgeflecht

jede Höhe und Weite.
J. F. B. Grube
 Inh.: Rudolf Möller.

Lieferung, prompt, exact und billig.
Trauerkleider
 werden
in 3 Tagen
 gefärbt.
Färberei Karstadt
 chemische Waschanstalt.
 Läden:
 Holstenstr. 20.
 Breitestrasse 32.
 Annahmestellen:
 Brehmerstr. 12, Gr. Burgstr. 37.
 Schwartzau bei Faber, am Markt.
 Travemünde bei Konzack, Rose.
 Niendorf a. d. O. bei Joh. Drewsen.

Brauerei Jadenburg.

Sonntag den 12. März 1899:
Concert.

Anfang 4 Uhr. Anfang 4 Uhr.
 Eintritt 10 Pfg., wofür Programm.
Ausschank von Bodtbier.

Achtung! Achtung!
„Tonhalle“, Schmiede-
 straße 20.
 Sonntag den 12. März:
Vortrags-Abend

unter Mitwirkung des Herrn Puls, des Concert-
 sängers Herrn Lorenz und des Schlangen-
 menschen Herrn Allus.
 Anfang 7 Uhr. Entree 20 Pfg.

Wakenitz-Bellevue.

Morgen Sonntag:
Tanzkränzchen.
 W. Kruse.

Stehr's Stablissement.
 Heute Sonntag:
Grosse Tanz-Musik.

Vereinshaus.

Heute Sonnabend Abend:
Ausich von Elbischloß-Bodtbier.
 Von 8 1/2 Uhr:
Unterhaltungs-Musik.
 Morgen Sonntag:

Unterhaltungs-Musik.

Quartett-Verein „Amicitia“.

Gesellschafts-Abend
 am Sonntag den 12. März
 im Lokale Frhm. „Concordia-Garten.“
 Anfang 7 Uhr. Einführung gestattet.
 NB. Kindern ist der Zutritt nicht gestattet.
 Der Vorstand.

Friedrich-Franz-Halle

Mittwoch den 15. März 1899:
Familien-Abend
 Anfang 7 Uhr. Eintritt 1 Mt.
 Hierzu ladet ergebenst ein
 A. Lübke.

Zum rothen Löwen.
 Sonntag den 12. März 1899:
Tanz-Unterhaltung